

# **Mecklenburg-Vorpommern: Gemeinsam mehr erreichen**

**Genossenschaftliche Positionen  
zur Landtagswahl 2026**

Juni 2026

# LANDTAGSWAHL 2026

- 1. Genossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern**
- 2. Genossenschaftliche Forderungen zur Landtagswahl**
- 3. Forderungen der Volks- und Raiffeisenbanken**
- 4. Forderungen der Agrargenossenschaften**
- 5. Energiepolitische Forderungen**

# 1. Genossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern

## **Genossenschaften stärken Mecklenburg-Vorpommern – regional, verlässlich, zukunftsgerichtet**

Genossenschaften sind ein wichtiger Motor für regionale Entwicklung. Sie verbinden wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Verantwortung und stärken Unternehmen und die Menschen vor Ort. Durch ihre breite regionale Verankerung ermöglichen sie Wertschöpfung in der Fläche und sorgen für Stabilität in herausfordernden Zeiten.

Mecklenburg-Vorpommern ist Genossenschaftsland: Agrargenossenschaften prägen den ländlichen Raum als Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung. Fischereigenossenschaften sichern entlang der Küste regionale Wertschöpfung, bewahren maritimes Know-how und tragen dazu bei, dass traditionelle kleine Küstenfischerei als Teil der Identität des Landes erhalten bleibt. Energiegenossenschaften stärken die Akzeptanz der Energiewende, mobilisieren Bürgerkapital und sorgen dafür, dass Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien in den Regionen bleibt. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind die Finanzdienstleister für die mittelständische Wirtschaft und die Menschen in den Regionen.

Alle Genossenschaften zeichnet aus: Es sind regional verwurzelte Unternehmen, die von Menschen und Unternehmern in der Region als Mitglieder und Eigentümer getragen werden. Genossenschaftliche Kooperation braucht Mecklenburg-Vorpommern heute mehr denn je – für einen erfolgreichen Mittelstand, nachhaltiges Wachstum, anstehende Unternehmensnachfolgen, verlässliche Daseinsvorsorge und Investitionen, die im Land wirken.

Zukunft gestalten heißt auch, das Engagement und die Initiative von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen ernst zu nehmen und zu unterstützen. Genossenschaften setzen genau hier an: Sie bündeln lokale Kräfte, schaffen Beteiligung und übernehmen Verantwortung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Bürgerenergie- und Infrastrukturgennossenschaften zeigen beispielhaft, wie gemeinsames Engagement die Entwicklung der Regionen aktiv und demokratisch gestalten kann.

Damit dieses Potenzial voll genutzt werden kann, braucht es politische Rahmenbedingungen, die Vertrauen schaffen, kooperative Strukturen stärken, Unternehmen spürbar entlasten und Investitionen verlässlich ermöglichen. Starke Genossenschaften stärken Mecklenburg-Vorpommern – wirtschaftlich, sozial und strukturell.

## 2. Genossenschaftliche Forderungen zur Landtagswahl

### **Kooperativen Mittelstand stärken**

Genossenschaften stehen für Kooperation, Eigenverantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Anforderungen durch Wettbewerb, Transformation und Regulierung lassen sich von kleinen und mittleren Unternehmen kaum allein bewältigen. Kooperation ist der Schlüssel, um aktuelle und künftige Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Dazu muss Mecklenburg-Vorpommern die Genossenschaftsidee stärker im Kern seiner Wirtschaftspolitik verankern und die Gründung sowie Weiterentwicklung von Genossenschaften gezielter fördern.

Ein wichtiger Baustein ist dabei die Förderung von Schülergenossenschaften. Sie ermöglichen jungen Menschen, wirtschaftliche Zusammenhänge und genossenschaftliche Prinzipien praxisnah zu erleben.

#### **Unternehmen spürbar entlasten – Bürokratieabbau zu klaren Ergebnissen führen**

Ein konsequenter Bürokratieabbau ist zentral, um die mittelständische Wirtschaft und Genossenschaften nachhaltig zu stärken. Verwaltungsverfahren müssen digital, einheitlich und praxisnah ausgestaltet werden, damit Betriebe mehr in ihre eigentliche Wertschöpfung investieren können. Genehmigungsprozesse sollten durch verbindliche Bearbeitungsfristen beschleunigt und Doppelmeldungen zwischen Behörden konsequent abgeschafft werden.

#### **Planungssicherheit erhöhen – verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen**

Planungssicherheit ist die Grundvoraussetzung für mutige und nachhaltige Investitionen. Dafür braucht es langfristig angelegte rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, die nicht durch kurzfristige Änderungen oder komplexe Übergangsregelungen unterbrochen werden. Förderprogramme müssen frühzeitig angekündigt und auskömmlich ausgestattet sein, damit Betriebe Investitionen in die digitale und klimafreundliche Transformation sicher kalkulieren können. Nur ein verlässlicher ordnungspolitischer Rahmen ermöglicht es Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen, ihre langfristigen Beiträge zu Wertschöpfung, Versorgung und regionaler Stabilität voll zu entfalten.

#### **Impulse für ein starkes Mecklenburg-Vorpommern**

Die kommenden Jahre entscheiden darüber, ob Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftliche Stärke, regionale Wertschöpfung und gesellschaftlichen Zusammenhalt auch unter veränderten globalen Rahmenbedingungen sichern kann.

### **3. Forderungen der Volks- und Raiffeisenbanken**

Wer die wirtschaftliche Transformation in Mecklenburg-Vorpommern sichern will, braucht eine starke regionale Kreditwirtschaft mit Genossenschaftsbanken und Sparkassen vor Ort. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind zentrale Finanzpartner für Menschen, Unternehmen und Kommunen und übernehmen auch in herausfordernden Zeiten Verantwortung für eine stabile Realwirtschaft. Sie unterstützen die mittelständisch geprägte Wirtschaft, ermöglichen Investitionen, finanzieren Innovationen und sind zugleich verlässliche Arbeitgeber und Ausbilder in den Regionen.

Damit Kreditgenossenschaften diese Rolle weiterhin verlässlich erfüllen können, benötigen sie moderne, praxistaugliche und regulatorisch angemessene Rahmenbedingungen. Dazu gehört vor allem eine stärkere Proportionalität bei administrativen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, damit kleinere Institute nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Die klare Unterstützung der Landesregierung für regionale Kreditinstitute bleibt deshalb von zentraler Bedeutung – für wirtschaftliche Stärke, regionale Entwicklung und eine gelingende Transformation.

## **Kreditgenossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern fordern entschlossenes Handeln:**

### **1. Dreigliedriges Bankensystem sichern**

Genossenschaftsbanken – gemeinsam mit den Sparkassen – sichern die Stabilität des deutschen Bankensystems, gewährleisten regionale Finanzierungskraft und eine verlässliche Mittelstandsfinanzierung. Mecklenburg-Vorpommern sollte sich gemeinsam mit dem Bund klar für den Erhalt dieses Systems einsetzen.

### **2. Regulierung proportional gestalten**

Aufsichtsanforderungen müssen zur Größe und zum Risikoprofil von Instituten passen. Mecklenburg-Vorpommern sollte sich in Berlin und Brüssel für echte Proportionalität stark machen.

### **3. Digitalen Euro praxisnah gestalten**

Ein gut ausgestalteter digitaler Euro kann Europas Zahlungsverkehr modernisieren und die finanzielle Souveränität stärken. Voraussetzung sind eine enge Einbindung der Kreditwirtschaft und klare politische Leitplanken.

### **4. AGB-Änderungen vereinfachen**

Bei den gesetzlichen Vorgaben für Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen braucht es auf Bundesebene eine praktikable und rechtssichere Lösung. Mecklenburg-Vorpommern sollte diesen Prozess aktiv unterstützen.

## **4. Forderungen der Agrargenossenschaften**

Agrargenossenschaften sind in Mecklenburg-Vorpommern tragende Säulen der Landwirtschaft, des ländlichen Raums und der regionalen Wertschöpfung. Als Mehrfamilienbetriebe verbinden sie unternehmerische Stärke mit regionaler Verantwortung, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und sichern Versorgung, Innovation und Zusammenhalt auf dem Land. Gerade in einem Flächenland mit großen Betriebsstrukturen, bedeutendem Ackerbau, wichtigen Veredlungs- und Tierhaltungsstandorten sowie besonderen Anforderungen an Natur-, Wasser- und Klimaschutz braucht es verlässliche, praxisnahe und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Von der künftigen Landesregierung erwarten wir eine Politik, die alle Betriebsformen fair behandelt und die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern stärkt.

### **Unser Appell an die künftige Landesregierung**

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Agrarpolitik, die wirtschaftliche Stärke, Nachhaltigkeit und regionale Verantwortung zusammenführt. Agrargenossenschaften leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag. Wir erwarten eine Politik, die Vertrauen schafft, Vielfalt der Betriebsformen anerkennt und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft als Grundlage lebendiger ländlicher Räume sichert. Dazu gehören weniger Bürokratie, eine verursachergerechte Ausgestaltung von Umwelt- und Düngevorgaben, verlässliche Perspektiven für Tierhalter, ein praxisgerechter Umgang mit dem Wolf, Schutz von Eigentum und unternehmerischer Verantwortung sowie mehr Raum für Innovation, Forschung und Investitionen.

### **1. Verlässliche Rahmenbedingungen und faire Förderung**

Im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erwarten wir von der künftigen Landesregierung, dass sie sich gegenüber Bund und EU entschieden für praxistaugliche,

verlässliche und faire Rahmenbedingungen einsetzt. Dazu gehören ein starkes Agrarbudget, der Verzicht auf Kappung und Degression sowie Förderinstrumente, die alle Betriebsformen diskriminierungsfrei und praktikabel berücksichtigen. Agrargenossenschaften dürfen als kooperative Mehrfamilienbetriebe im Rahmen der GAP nicht strukturell benachteiligt werden. Dabei müssen auch Junglandwirte in Agrargenossenschaften als Mitglieder angemessen berücksichtigt werden. Fördermaßnahmen sind so auszugestalten, dass sie stets auch das einzelne Mitglied in den Blick nehmen.

## **2. Bürokratie abbauen, Verwaltung vereinfachen**

Landwirtschaft braucht mehr unternehmerische Freiheit und weniger Verwaltungsaufwand. Förderverfahren, Nachweis- und Dokumentationspflichten sowie Genehmigungsprozesse müssen deutlich vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen großflächigen Betriebsstrukturen, vielfältigen Fachrechtsvorgaben und mehreren zuständigen Verwaltungsstellen ist ein konsequenter Abbau bürokratischer Lasten erforderlich. Ermessensspielräume sind konsequent im Sinne praxistauglicher Lösungen zu nutzen; Kontrollen, Antragsverfahren und Berichtspflichten müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

## **3. Eigentum schützen, Bodenmarkt mit Augenmaß gestalten**

Regulierung auf dem Bodenmarkt darf gewachsene, regional verankerte Betriebsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern nicht schwächen. Staatliche Eingriffe müssen verhältnismäßig bleiben und dürfen Investitionen sowie Entwicklungsperspektiven landwirtschaftlicher Unternehmen nicht behindern. Eigentumsschutz, Rechtssicherheit und regionale Wertschöpfung sind Leitprinzipien einer verantwortungsvollen Agrarstrukturpolitik.

## **4. Investitionen, Tierhaltung und Wertschöpfung ermöglichen**

Wer Zukunft in der Landwirtschaft will, muss Investitionen ermöglichen. Mecklenburg-Vorpommern braucht verlässliche Genehmigungs- und Förderbedingungen für Stallbau, Tierhaltung, Lagerkapazitäten, Verarbeitung, Erneuerbare Energien und neue Technologien. Investitionshemmnisse müssen abgebaut und betriebliche Entwicklung aktiv unterstützt werden. Besonders die Tierhalter im Land brauchen tragfähige Perspektiven und Planungssicherheit. Dazu gehören praxistaugliche Auflagen, verlässliche Emissions- und Bauregeln sowie ein Politikrahmen, der regionale Kreisläufe und zusätzliche Wertschöpfung im Land stärkt.

## **5. Ländliche Räume, Infrastruktur, Forschung und Fachkräfte stärken**

Eine starke Landwirtschaft braucht starke ländliche Räume. Deshalb müssen Breitband, Verkehrsinfrastruktur, berufliche Bildung und Fachkräftesicherung entschlossen ausgebaut werden. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern sind gute Erreichbarkeit, digitale Netze, praxisnahe Aus- und Weiterbildung sowie eine leistungsfähige agrarische Forschungs- und Beratungslandschaft entscheidend. Agrargenossenschaften sind bedeutende Arbeitgeber und Ausbilder – diese Leistung muss politisch anerkannt und gezielt unterstützt werden.

## **6. Generationswechsel ermöglichen, Junglandwirte gleichbehandeln**

Agrargenossenschaften bieten große Chancen für den Generationswechsel in der Landwirtschaft. Sie erleichtern jungen Landwirtinnen und Landwirten den Einstieg als Mitunternehmer, ermöglichen frühe Verantwortung im Betrieb und fördern eine schrittweise unternehmerische Entwicklung. Dieses Potenzial muss agrarpolitisch stärker anerkannt und gezielt gefördert werden. Junglandwirte in Agrargenossenschaften müssen bei Förderprogrammen und Unterstützungsangeboten anderen Betriebsformen gleichgestellt werden.

## **7. Natur-, Klima-, Wasser- und Ressourcenschutz kooperativ gestalten**

Nachhaltigkeit gelingt nur mit den Betrieben, nicht gegen sie. Naturschutz, Klimaanpassung, Wassermanagement, Moorschutz und Biodiversität müssen mit praktikablen Instrumenten, Anreizen und regional passenden Lösungen umgesetzt werden. Für Mecklenburg-Vorpommern gilt dabei in besonderer Weise: Umwelt- und Klimaschutzvorgaben müssen verursachergerecht, wirtschaftlich tragfähig und fachlich umsetzbar sein. Das betrifft insbesondere die Düngegesetzgebung, den Umgang mit wasser- und moorbezogenen Anforderungen sowie einen wirksamen, praxisgerechten Schutz der Weidewirtschaft vor dem Wolf. Landwirtschaftliche Nutzung und ökologische Ziele sind in Einklang zu bringen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

## **5. Energiepolitische Forderungen**

Die nächste Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern muss sicherstellen, dass die Wertschöpfung aus der Energiewende konsequent im Land bleibt und Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger wirksam beteiligt werden. Energiegenossenschaften leisten hierzu einen zentralen Beitrag: Sie ermöglichen Investitionen gemeinsam mit den Menschen vor Ort, stärken die regionale Wirtschaft und verankern die Energiewende dauerhaft im Land.

Wir fordern, den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent voranzutreiben und die Beteiligung vor Ort verbindlich zu stärken. Akzeptanz, Investitionssicherheit und praxistaugliche Rahmenbedingungen sind entscheidend.

Energiegenossenschaften fordern entschlossenes Handeln:

### **1. Bürger- und Gemeindebeteiligung wirksam stärken**

Die Beteiligung von Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern an den Erträgen von Wind- und Solarprojekten muss verlässlich, unbürokratisch und investitionsfreundlich ausgestaltet werden. Verbindliche Beteiligungsmodelle sind notwendig, um Akzeptanz und regionale Wertschöpfung nachhaltig zu sichern.

### **2. Ausbauziele und Flächenbereitstellung verbindlich umsetzen**

Die im Land vereinbarten Ausbaupfade für Wind- und Solarenergie müssen planbar und konsequent verfolgt werden. Erforderlich sind beschleunigte Genehmigungsverfahren, verlässliche Flächenkulissen und klare Zuständigkeiten. So wird Investitionssicherheit geschaffen und der Ausbau effizient vorangebracht.

### **3. Solarausbau und dezentrale Modelle stärken**

Der Ausbau von Photovoltaik auf Dächern, Konversions- und versiegelten Flächen sollte weiter beschleunigt werden. Gleichzeitig müssen Energy Sharing, Mieterstrom sowie genossenschaftliche Nahwärme- und Quartierslösungen gestärkt werden. Bürgerenergie ist als strukturelles Element zu verankern.

### **4. Speicher als Schlüsseltechnologie ausbauen**

Speicher sind für ein erneuerbares Energiesystem in Mecklenburg-Vorpommern von zentraler Bedeutung. Dezentrale und gemeinschaftliche Speicherlösungen erhöhen die regionale Nutzung von Energie und entlasten die Netze. Das Land sollte entsprechende Projekte gezielt fördern.

**5. Genossenschaften gezielt fördern**

Genossenschaftliche Projekte benötigen bessere Rahmenbedingungen und Förderprogramme. Insbesondere kapitalintensive Vorhaben wie Wärmenetze, Quartierslösungen, Mieterstrom und Speicherinfrastruktur sind ohne Unterstützung schwer realisierbar

**6. Verfahren beschleunigen und Marktzugang sichern**

Die Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren ist entscheidend. Bürokratische Hürden müssen reduziert und faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden, damit Bürgerenergiegesellschaften am Markt teilnehmen können.

**Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen**

Daniel Illerhaus

Abteilungsleiter Kommunikation, Marketing, Politik

T 0172-5252835

[daniel.illerhaus@genoverband.de](mailto:daniel.illerhaus@genoverband.de)